

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Keine Kürzung der AMS-Mittel für den (Erwachsenen)-Ausbildungsbereich

GR. **Luttenberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Also hier würden wir, seitens der KPÖ, aber auch seitens meiner eigenen Person um gelebte Solidarität ersuchen. Es geht in diesem Antrag eigentlich um eine Petition, die an den Nationalrat und die an den Bundesrat gerichtet werden soll. Lange Rede kurzer Sinn, wenn ihr euch das durchlest über die Situation am Arbeitsmarkt, brauche ich hier keine großen Worte zu verlieren, ist angespannt, wird angespannt bleiben und wird sich in Zukunft auch nicht ändern. Das AMS hat die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit, so gut wie geht, zu bekämpfen, sie vergibt Aufträge an Bildungseinrichtungen, betroffene Kolleginnen und Kollegen umzuschulen, aufzuschulen, weiterzubilden, und einen populistischen Einwurf gestattet mir, während heute in der Öffentlichkeit das Defizit explodiert auf nahezu acht Milliarden, sollen in den nächsten zwei/drei Jahren das AMS oder die AMS-Budgetmittel weiter drastisch heruntergefahren werden und gerade in dem Bereich, wo es darum geht, durch diese Schulungsmaßnahmen betroffene Kolleginnen und Kollegen wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen. Ich sage das auch als betroffener, ich bin selber Sozialpädagoge und meine Aufgabe ist es auch, Jugendliche so zu trainieren und so zu unterrichten, dass sie wieder Chancen haben oder dass sie überhaupt Chancen haben einzusteigen und jetzt kommen wir in die paradoxe Situation, durch diese Budgetkürzungen ist es jetzt so, dass die Betroffenen Trainerinnen und Trainer, die das tun sollen österreichweit, das sind rund 7.000, da droht jetzt die Gefahr und es passiert ja schon teilweise, auch in der Steiermark, dass zwischen 1.500 und 2000 gekündigt werden sollen. Das ist wirklich irgendwie anachronistisch und es hat auch seitens der Gewerkschaft erste Maßnahmen gegeben, wir haben uns am 2. Mai in Wien

versammelt bei einer Protestkundgebung vor dem Bundeskanzleramt mit rund 1.500 Personen. Da wurde ein Katalog verabschiedet seitens der GPA, der JP überparteilich, also da war dabei die FSG, da war dabei die FCG, da waren dabei die freiheitlichen Arbeitnehmer, da waren dabei die AUGE, wo eben Punkte erarbeitet wurden, wo man Budgetmittel für das AMS oder für Schulungsmaßnahmen freibekommen möchte. Es geht einerseits, dass wenn Budgetmittel nicht abgeholt werden, wie zum Beispiel bis vor kurzem bei der Aktion 50+, dass die nicht einfach dem Staatsbudget zugeführt werden, sondern dass die eben dann für Trainingsmaßnahmen weiter eingesetzt werden, das wäre ein Punkt. Ein zweiter Punkt wäre, dass der Aufteilungsschlüssel innerhalb des AMS aufgrund der gesetzlichen Vorgaben geändert wird und der dritte Punkt wäre, dass die Entlastung des AMS-Budgets durch die Bedeckung der Kurzarbeitsmaßnahmen, dass das insofern entlastet wird, dass das teilweise dann schon oder größtenteils oder ganz über das Bundesbudget laufen sollte. Ich weiß, dass es von den Grünen einen Änderungsantrag gibt, den finde ich sehr wertschätzend, das möchte ich gleich dazusagen, aber ich habe mich hier wirklich auf die Textur der Vorgaben der Gewerkschaft der Privatangestellten gestützt und es wäre sehr wichtig, wenn wir als zweitgrößte Stadt Österreichs hier Solidarität walten lassen und das ebenfalls unterstützen und eben in dieser Petitionsversion weiterleiten. Denn eines sage ich zum Schluss schon, wenn es, angenommen, das geht alles nicht, dann werden künftig die Kommunen teilweise mit diesen Problemen selbst konfrontiert werden, wenn es das AMS ebenso nicht lösen kann, das wollte ich sagen. Danke einstweilen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kurt! Es wird dich wahrscheinlich nicht besonders wundern, dass ich und unsere Fraktion deinen Antrag mitunterstützen, wir kämpfen ja in der Gewerkschaft Seite an Seite für dieselben Interessen und du hast es ja richtig gesagt,

die GPA/DJP hat eine parlamentarische Bürgerinitiative initiiert, auf der dein Antrag fußt und wo der Antragstext ja wortgleich sozusagen in deinen Antrag übernommen worden ist. Im Vorfeld haben wir mit einigen Fraktionen gesprochen und da ist irgendwo die Diskussion aufgekommen, es hat ja gestern einen Beschluss gegeben im Nationalrat, wo die Mittel für das AMS aufgestockt wurden auf 250 Millionen und da haben einige gemeint, wir brauchen das da nicht mehr. Das ist aber ein Irrglaube, weil genau dieser Beschluss ist sozusagen die Basis für die Probleme, die der Kurt geschildert hat, weil die AMS-Mittel umgeschichtet werden in den anderen Topf und dadurch sozusagen im Bildungsbereich diese Problematik entsteht. Und das AMS, da haben wir auch nachgefragt um Stellungnahme, das AMS sagt selber, sie sind nicht sicher, ob diese Maßnahmen greifen werden. Das heißt, es könnte sein, dass wir einen prallgefüllten Topf haben, aber die Unternehmen nehmen das nicht an und der Topf bleibt dann teilweise gefüllt und am Ende des Tages wird der Topf abgezogen und wird zum Finanzminister zurückgegeben und die Mittel kommen nicht zum AMS und deshalb ist es wichtig, glaube ich, dass wir heute, wie der Kurt richtig gesagt hat, dass man heute da gemeinsam ein Zeichen setzen als zweitgrößte Stadt von Österreich und hoffentlich einstimmig diesem Vorschlag folgen. Danke (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. **Pogner:** Lieber Kurt, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich schon alles gesagt worden, nämlich einerseits von dir, andererseits vom Gerd, es gab gestern diesen Beschluss im Parlament und gestern wurden 250 Millionen Euro beschlossen für Maßnahmen für Arbeitslose 50+ und ich denke mir, das ist der richtige Weg und wir haben uns auch darüber unterhalten bei uns und die haben gesagt, damit können die ersten Maßnahmen gesetzt werden, es ist das Budget aufgestockt worden in der Richtung und daher sehen wir in deinem Antrag die Dringlichkeit nicht, daher sind wir bei der Dringlichkeit nicht dabei. Uns ist jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel,

aber die Regierung ist bereits dran und setzt die richtigen Maßnahmen, damit es wieder ein bisschen besser geht und daher sind wir da nicht dabei (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich nicht unbedingt zur Dringlichkeit melden, aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob die durchgeht. Ich meine, über die Dringlichkeit brauchen wir nicht diskutieren. An sich in Zeiten von Rekordarbeitslosigkeit muss man da hinschauen, also ich glaube, dringlich ist die Sache auf jeden Fall. Es wurde auch schon angesprochen, wenn die Dringlichkeit durchgeht, dann werden wir noch einen kleinen Abänderungsantrag einbringen, das schauen wir uns dann an. Aber was ich mir denke, einerseits ist der Antrag so gut, wichtig und dringlich, es geht um die Förderhöhe im Arbeitslosenbereich, die brauchen wir nicht unbedingt diskutieren, weil es nicht unbedingt das richtige Gremium ist. Aber ich möchte grundsätzlich schon einmal was dazu sagen, ich glaube, dass das in Zeiten wie diesen, sprich Rekordarbeitslosigkeit, immer wieder und das ist, keine Trendwende zu sehen, wahrscheinlich auch zuwenig ist. Es ist ein wichtiger Punkt, keine Frage, ich glaube, wir sind da einig, aber wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns zwei Sachen überlegen. Entweder bekennen wir uns, mehr öffentlich finanzierte Arbeiten in Auftrag zu geben, es gäbe viele Bereiche, Integration könnten wir noch mehr Ressourceneinsatz brauchen, woanders auch, muss man nur über die Budgets reden, das ist schon klar, das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist, dass wir wieder ein Gleichgewicht am Arbeitsmarkt zusammenkriegen, das Arbeitsangebot zu reduzieren, Kürzung der Wochenarbeitszeit oder was auch immer, aber nur über Fördermaßnahmen im Ausbildungsbereich, wenn wir dieses Ungleichgewicht, das am Arbeitsmarkt herrscht, nicht lösen können. Ich glaube, da muss man auch schauen, weil nur umschulen, nur bilden, ohne dass sich die Gesamtlage am Arbeitsmarkt ändert, ist zuwenig und da müssen wir, wenn wir ehrlich sind, gesellschaftspolitisch was überlegen, aber ist nicht unbedingt das Gremium hier, müssen wir nicht weiter

diskutieren, aber wenn man es ehrlich angehen, dann müssen wir da weiter denken als über diese Fördermaßnahmen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Das Thema Arbeitslosigkeit ist sehr wohl ein sehr dringliches Thema, weil die Schätzung für 2016 bedeutet, dass wir 500.000 arbeitslose Menschen haben werden. Deswegen ist das ein sehr dringliches Thema und deshalb ist es auch gut, dass gestern 250 Millionen Euro einstimmig für diesen Bereich der Arbeitslosigkeit beschlossen worden sind. Das Maßnahmenpaket für 50+ ist ein sehr wichtiges, weil wenn das AMS Steiermark schon sagt, dass 40-jährige Frauen, da fühle ich mich auch betroffen, wenn sie arbeitslos werden, zu alt sind für den Arbeitsmarkt und kaum mehr Chancen haben, im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, dann ist das auch ein dringliches Thema und das ist sehr wichtig, dass Menschen einfach über 50+ hier unterstützt werden. Wobei Maßnahmen sind zwar eine gute Sache, aber wir brauchen einfach eine Strategie, wir brauchen überhaupt eine Arbeitslosenstrategie in Zukunft und dafür sind, glaube ich, wir jetzt nicht das richtige Gremium, obwohl uns das schon betrifft, weil wenn ich höre vom Sozialamt, dass wir für die Mindestsicherung, wenn die Ereignisse, die bis jetzt, 2015, waren, so weitergehen, dass wir vier Millionen Euro in der Stadt Graz zuwenig haben für die Mindestsicherung, dann bestürzt mich das auch sehr. Zusätzlich möchte ich noch sagen, wir haben aus dem Ausland entsandte Arbeitskräfte bei uns und zwar ungefähr 103.000 aus Ungarn, Deutschland, Slowaken, Slowenen, Polen und Tschechen. Wenn ich das jetzt gegenüberstelle, 500.000 Arbeitslose werden wir haben und über 100.000 Arbeiter haben wir aus dem Ausland, dann müssen wir uns auch da eine Strategie überlegen, denn viele dieser Menschen sind in den Bereichen Bau und Montagetechnik beschäftigt und hier werden wir zukünftig sehr viele Arbeitslose auch noch haben. Deswegen muss ich sagen, meiner Meinung nach oder unserer Meinung nach ist das nicht die richtige Strategie und

deswegen werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Also zunächst einmal danke für die Aufmerksamkeit, die diesem Wunsch von uns oder von mir dargebracht wurde. Es stimmt natürlich, dass jetzt Budgetmittel zur Verfügung gestellt worden sind, 250 Millionen, aber wie schon angedeutet worden ist richtig vom Kollegen Haßler, es wird halt die Frage sein, was damit passiert. Und erinnern möchte ich schon, hauptsächlich gehen diese 250 Millionen in die Förderung von Unternehmen und nicht in die Förderung von betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Und natürlich wünsche ich mir, dass die Unternehmen das aufgreifen und hier was tun, aber gleichzeitig, ich meine, wir werden denselben Antrag auch in der Arbeiterkammervollversammlung einbringen, also da bin ich ja dann schon sehr gespannt. Also, wie gesagt, der Antrag steht über die Dringlichkeit zur Abstimmung, warten wir mal ab, was da jetzt rauskommt (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) 10er-Block für Grazer Bäder

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Werter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Wochen, kann man sagen, heißen Juni-Tage bringen ja mittlerweile schon viele Grazerinnen und Grazer in die Bäder. Um denjenigen, die gerne öfter schwimmen gehen würden, für die sich aber eine Saisonkarte nicht rentiert oder die sich die auch nicht leisten können, wäre es wichtig, günstigere Eintritte zu ermöglichen, angesichts vor allem der Preisentwicklung in den letzten Jahren und ein 10er-Block, vergleichbar mit dem 10-Zonen-Karte der Holding Graz Linien, wäre eben diesbezüglich eine denkbare Möglichkeit.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den Herrn Bürgermeister und den Beteiligungsreferenten, an die Holding Graz heranzutreten und diese zu ersuchen, ein Konzept zur Einführung eines „10er-Blocks“ für die Bäder der Holding Graz Freizeit zu erstellen.

Ich ersuche um breite Mehrheit und hoffe, dass wir auf Perspektive diese Möglichkeiten anbieten können (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Uli, liebe Kollegen und Kolleginnen, Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Danke für diesen Antrag, den wir voll unterstützen. Ja, es ist finanzielle Erleichterung, wenn man einen günstigeren Zehnerblock erwerben könnte und nachdem das Schwimmen in Freibädern in Graz für viele Menschen in Graz, vor allem natürlich auch für Familien mit

Kindern, oft die einzige Möglichkeit darstellt, sich im Sommer auch ins kühle Nass zu begeben, ist es für uns eine ganz wichtige Geschichte und wir möchten sogar das Ganze noch mit einem Zusatzantrag, ich würde sagen, verstärken oder unterstützen und ich darf jetzt den Zusatzantrag einbringen: Des weiteren werden Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und der Beteiligungsreferent Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher sucht, an die Holding Graz auch wegen Einführung einer Monatskarte für die städtischen Bäder heranzutreten.

Es gibt nun einmal die... also Jahreskarte, Saisonkarte ist einfach was relativ teures und manchmal ist man eben einen Teil des Sommers vielleicht nicht in Graz und für ein Monat wäre es interessant, in den Ferien oder im Urlaub so eine Monatskarte zu haben und daher sollte auch überlegt werden, sich die Möglichkeit einer Monatskarte vielleicht hier durch den Kopf gehen zu lassen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Gmeinbauer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer auf der Tribüne, liebe Kollegin Taberhofer! Ich darf vielleicht in Erinnerung rufen, dass die Freizeit GmbH Graz zum steirischen Wetter ein relativ vielfältiges Angebot bereits über viele Jahre erfolgreich anbietet und auch zwischendurch immer wieder diese Angebote evaluiert und so darf ich in Erinnerung rufen, dass es zu den Saisonkarten auch Kombinationskarten gibt, die nicht nur die Bäder betreffen, sondern auch den Schöckl, den Schloßberg, daher gibt es Nachmittagskarten, Abendkarten, es gibt auch nur eine Zwei-Stunden-Karte bei Bedarf und es gibt selbstverständlich Ermäßigungen über die SozialCard und auch über den Familienpass etc. Es gab auch vor etlichen Jahren den Versuch beziehungsweise auch den Ansporn dieser angesprochenen Zehner-Blöcke, da gab es 6er, 10er und 12er-Blöcke, der Erfolg war leider nicht gekrönt, daher wurden diese Karten auch wieder aus dem Angebot herausgenommen. Und weiters in Erinnerung darf ich noch rufen, dass wir beziehungsweise die Freizeit GmbH Graz bereits im zweiten Jahr eine günstige Drei-

Tages-Karte anbietet, das heißt, so wie unsere Wetterlage in der Steiermark auch ist, ich darf in Erinnerung rufen, dass es letzte Woche zwar sehr heiß und schön war, diese Woche eben die Temperaturen wieder gesunken sind und da denke ich mir, dass jeder von uns, egal mit großem Budget oder mit kleinem Budget, unsere Bäder nutzen kann. Danke für die Aufmerksamkeit und daher werden wir dieser Dringlichkeit auch nicht den Vorzug geben und sehen den Inhalt auch nicht relevant. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Nachdem ich jetzt davonausgehe, dass vielleicht die Dringlichkeit nicht durchgehen wird, nutze ich die Möglichkeit noch. Ich glaube trotz alledem, dass man Verbesserungsbedarf auch haben, dass ein 10er-Block auch für Familien mit Kindern und auch für die, die es sich wirklich nicht so gut leisten können durchaus zielführend wäre und dass wir in diese Richtung noch mehr tun können. Noch besser wäre aus meiner Sicht, dass man die Eintritte in den Bädern generell etwas niedriger gestaltet, bei uns sind die Eintritte durchaus österreichweit gehören sie zu den höchsten auch. Also würde ich mir schon wünschen, dem auch der Dringlichkeit nachzugehen und dem Inhalt auch zuzustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR. **Dreisiebner** zum Antrag: Wir unterstützen inhaltlich sowohl den Zusatzantrag von der Kollegin Marak-Fischer wie auch den Hauptantrag Uli Taberhofer. Wir halten das in der wachsenden Stadt aufgrund der Lebenssituationen, in der die unterschiedlichen Lebenssituationen der verschiedensten Menschen eben sind, für sehr, sehr wichtig.

Das eine ist, erinnern wir uns an den vorigen Sommer, es könnte sich eine 10er-Karte gerade ausgehen, ist vielleicht sogar richtig, aber könnte sich eher für jemanden rentieren als eine Saisonkarte. Man bedenke, dass auch ich zum Beispiel nicht jeden Tag Zeit habe, nur weil es 30 und mehr Grad hat und ich denke, das geht fast allen hier so, und eine Monatskarte oder ähnliche Lösungen sind auch interessant für Menschen, die Teile ihres Urlaubes hier in der Stadt, also zu Hause praktisch, verbringen so zwischen Balkonien, Stadtpark oder eben dem nächstliegenden Freibad. Folglich halten wir das für eine wichtige Initiative, für eine Erweiterung des Angebotes, wo sich jeder eben aus dem großen Blumenstrauß von der Saisonkarte bis hin zu Zwei-Stunden-Kurzkarte und Ähnliches mehr dazwischen auch das für ihn oder sie passende aussuchen kann. Dankeschön.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

3) Inklusion in ganztägigen Schulformen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Sie haben ja den dringlichen Antrag vermutlich schon gelesen. Es geht um ein Thema, das sehr wichtig ist, und zwar Kinder mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen werden mittlerweile, Gott sei

Dank, und dafür sprechen sich auch die meisten Experten und Expertinnen aus, im Klassenverband mit allen anderen Kindern integriert beziehungsweise spricht man jetzt eben von Inklusion von Kindern mit Behinderungen. Das ist eine wichtige Sache natürlich für die betroffenen Kinder, das ist aber auch eine Bereicherung für alle anderen Kinder, ich kenne das auch selbst von meiner Tochter, geht auch in eine Integrationsklasse und auch die anderen Kinder lernen sehr viel davon und es ist auch ein ganz wichtiger Beitrag für unsere offene Gesellschaft, in der wir sagen, alle Menschen in all ihrer Verschiedenheit sollen natürlich gemeinsam auch in die Schule gehen. Wichtig ist aber natürlich, dass die geeigneten Rahmenbedingungen dafür auch herrschen, dafür gibt es ja auch Unterstützung für den Unterricht durch LehrerInnen, die spezielle Ausbildungen im sonderpädagogischen Bereich haben. Am Vormittag ist das ganz normal, in die Nachmittagsbetreuung gehen diese Kinder aber natürlich auch und das ist auch wichtig, ihre Eltern sind berufstätig und auch für die Kinder selbst ist natürlich eine Ganztageschule auch eine Bereicherung. Dafür gibt es derzeit aber keine Ressourcen und das führt natürlich zu einer Situation, dass die betreuenden Pädagoginnen und Pädagogen in der Nachmittagsbetreuung zum Teil dann auch zeitweise ganz allein sind mit der ganzen Gruppe und weniger gut natürlich auch auf einzelne Kinder damit eingehen können. Wir würden uns daher wünschen, dass es in diesem wichtigen Bereich zusätzliche Ressourcen gibt, in der Nachmittagsbetreuung in der Ganztageschule. Dafür zuständig ist für den Freizeitteil die Stadt Graz, die hier natürlich die Stunden zur Verfügung stellt und die zusätzliche Stunden auch zur Verfügung stellen könnte und sollte beziehungsweise die auch, jetzt neu wird ja wieder ausgeschrieben die Nachmittagsbetreuung in den Grazer Pflichtschulen und hier geht es natürlich auch darum, dass möglichst viele Pädagoginnen und Pädagogen auch sonderpädagogische Zusatzausbildung oder Ausbildung haben, denn das stellt dann doch ein Spezialgebiet auch dar und für den Lernteil ist natürlich das Bundesministerium beziehungsweise der Landesschulrat zuständig in der Steiermark. Das heißt, diese beiden Stellen müssten sich das natürlich auch überlegen beziehungsweise erarbeiten. Das Land Steiermark bietet außerdem relativ frisch

Förderungen für Nachmittagsbetreuung auch im Bereich der Qualitätssteigerung und aus meiner Sicht fällt das natürlich auch unter Qualitätssteigerung in der Nachmittagsbetreuung, das heißt, man könnte sich hier als Schulerhalter, also als Stadt Graz, auch noch zusätzliche Förderungen im Rahmen von bis zu 8.000 Euro pro Gruppe vom Land Steiermark, vom Bildungsressort abholen und auch das wäre natürlich hier empfehlenswert, wobei wir den konkreten Maßnahmen da jetzt nicht vorgehen wollen, sondern ich möchte schlichtweg den

dringlichen Antrag

stellen: Der Gemeinderat ersucht den zuständigen Stadtrat für Bildung, dem Gemeinderat bis Herbst in Zusammenarbeit mit Landesschulrat, Land Steiermark, Sozialressort und dem Zentrum für Inklusiv- und Sonderpädagogik, kurz ZIS, ein Konzept für die zusätzliche Unterstützung von Kindern mit Behinderungen in der Tagesbetreuung vorzulegen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA zur Dringlichkeit: Liebe Alexandra, ich bin sehr froh über deinen Antrag. Du weißt und hast es auch ausgeführt, dass für die Nachmittagsbetreuung und für die sonderpädagogische Unterstützung in dem Bereich mehrere Ebenen zuständig sind. Ich selbst bin für einen ganz kleinen Bereich zuständig, für den Freizeitteil, das hast du richtig ausgeführt, aber es ist ebenso zuständig das Land Steiermark, die neue Landesrätin und auch die Bundesministerin für Bildung, aber ich werde auf keinen Fall jetzt irgendwie wehleidig sein und sagen, nein, ich werde da beauftragt, deswegen stimmen wir nicht zu. Ich kann meiner Fraktion auch empfehlen, hier zuzustimmen, ich bin natürlich gerne bereit, hier ein Konzept zu erarbeiten und wenn du auch uns unterstützt, dann werden wir vielleicht auch bei der SPÖ-Landesrätin beziehungsweise bei der SPÖ-Bundesministerin die notwendigen Gelder

auftreiben. Aber ich möchte Grundlegendes ganz kurz hier ausführen, was die Inklusion betrifft. Wie du wahrscheinlich weißt, ist Graz, Graz-Umgebung und Voitsberg Inklusionspilotgebiet, sozusagen von der Bundesministerin so erteilt. Wir haben mit der Abteilung gemeinsam recherchiert, welche Mittel der Bund bereitstellt, dass wir als Pilotregion die Inklusion umsetzen. Leider hat es geheißen, es gibt kein zusätzliches Geld dafür. Es gibt jetzt zwei Gruppen so einer Bildungslandschaft, die einen meinen, die Inklusion muss am besten morgen umgesetzt werden und die anderen weigern sich, die Inklusion überhaupt umzusetzen. Ich bin so in der Mitte, meine Auffassung ist, dass wir gerade jetzt einmal bei Integration angekommen sind und dass die Inklusion eine ganz wichtige Vision, ein Fernziel von uns sein muss und an dem Ziel müssen wir jetzt arbeiten. Ich glaube, dass wir uns dem Ziel nähern können, wenn wir drei Faktoren berücksichtigen. Der erste Faktor ist, dass alle im Bildungsbereich handelnden Personen auch die Haltung und die Einstellung brauchen in Richtung Inklusion, das sehe ich derzeit noch nicht gegeben, also da haben wir noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Der zweite Faktor ist der räumliche Faktor. Dafür wären wir wirklich selbst zuständig und das berücksichtigen wir auch. Sie wissen, wir haben den Masterplan Schulausbau und hier bemühen wir uns, auch zusätzliche Räume mitzuplanen, dass wir in weiterer Folge auch die Vision Inklusion umsetzen können. Und der dritte Faktor, und ich finde der wichtigste Faktor, sind die Ressourcen, sind das Geld, weil der Faktor eins sind die handelnden Personen, die werden auf jeden Fall mit im Boot sein, wenn Bund und die Länder auch die notwendigen Gelder bereitstellen. Und, liebe Frau Kollegin, wir sind nicht zur Frage in der Fragestunde gekommen von der Astrid Polz-Watzenig. Sie hat gefordert, dass die zuständige Bildungslandesrätin die Stundenkürzung im sonderpädagogischen Bereich wieder zurücknimmt und da setzen wir genau mit der Inklusion an. Die Bildungsministerin der SPÖ fordert die Inklusion für die Steiermark, für Graz, Voitsberg und GU, stellt keine Gelder bereit und die zuständige Landesrätin, oder das ist eigentlich noch „Abschiedsgeschenk“ vom jetzt Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer gewesen, hat die Stundenkontingente gekürzt. Also das ist eine Sackgasse, so kommen wir nicht

weiter bei der Inklusion. Deswegen noch einmal unsere Zustimmung, wir werden den Antrag mittragen, ich werde mich einsetzen, dass man da ein gutes Konzept zusammenbekommen, wir werden aber auch schauen, dass wir das nicht allein stemmen müssen, sondern wir brauchen finanzielle Mittel vom Land und vom Bund, aber wir werden, und das kann ich jetzt schon ankündigen, einen Zusatzantrag einbringen, dass die Stundenkürzungen, die es jetzt gibt im sonderpädagogischen Bereich, wieder zurückgenommen werden (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Potzinger** zum Antrag: Geschätzter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Wie vom Herrn Stadtrat schon angekündigt, wird die ÖVP-Fraktion mit einem Zusatzantrag das Anliegen untermauern, dass Inklusionsmaßnahmen natürlich zusätzliche Mittel erfordern, die auch bereitgestellt werden müssen. Es gibt da auch dringliche Appelle seitens der Ärzteschaft, der Ärzte, die sich um diese Kinder mit besonderen Bedürfnissen kümmern, aber auch von Pädagoginnen und Pädagogen und nicht zuletzt natürlich auch von den Eltern. Wir alle stehen dazu, Inklusion ist eine große Chance, aber auch eine Herausforderung und braucht die notwendigen Ressourcen. Daher darf ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden Zusatzantrag zum vorliegenden dringlichen Antrag von dir, liebe Frau Kollegin Marak-Fischer, stellen: Der Gemeinderat möge beschließen: Die Stadt Graz möge über den Petitionsweg an die zuständige Bildungslandesrätin Mag.^a Ursula Lackner herantreten und sich für die Wiedereinführung der seinerzeit gekürzten Stunden und die Bereitstellung des notwendigen Stundenkontingentes in Bildungseinrichtungen mit

sonderpädagogischen Angeboten, wie beispielsweise Heilstättenschulen im LKH und Mosaik, einsetzen. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler** zur Geschäftsordnung: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Sissi! Ich melde mich deshalb zur Geschäftsordnung, weil wir diskutiert haben, wie wir diesen Zusatzantrag bekommen haben, wie wir damit umgehen sollen und du hast uns etwas ratlos hinterlassen, weil die Präzision des Zusatzantrages, sage ich einmal, stark verbesserungsfähig ist. Im Zusatzantrag steht, dass du die Wiedereinführung der seinerzeitig gekürzten Stunden begehrt. Jetzt habe ich mit Seinerzeit eine Erinnerung verbinde ich damit, das ist der Teddy Podgorski, der hat da eine Sendung gehabt seinerzeit, aber dieses Seinerzeit ist schon ziemlich lange her, also wir würden gerne wissen, wann war das, dass diese Stunden gekürzt wurden, dann wollen wir wissen, weil da steht, die notwendigen Stunden, was ist darunter zu verstehen, um welches Stundenausmaß geht es, wofür haben diese Stunden damals Verwendung gefunden und wem kamen diese Stunden zugute und wofür wurden sie verwendet? Und eine Bemerkung sei mir noch...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Haßler**: Deshalb habe ich mich auch zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet, damit du dich dann auch wieder zu Wort melden kannst, weil sonst wäre es ja gar nicht gegangen. Und eine Bemerkung, weil jetzt ständig dieses Hin- und Herschieben wieder stattfindet mit dem, wir sollen das Geld vom Land abholen und wir sollen zu unseren

Landesräten gehen usw. Wenn die ÖVP gemeinsam mit uns im Land bei der Arbeit dasselbe Engagement an den Tag legt wie bei der Erreichung des Landeshauptmannessessels, dann bin ich zuversichtlich, dass wir gemeinsam sehr viel schaffen werden (*Applaus SPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Lieber Herr Klubobmannstellvertreter! Es hat sich die Frau Gemeinderätin Astrid Polz-Watzenig zu Wort gemeldet und ich glaube, die wird deine Fragen auch ganz genau beantworten können.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Wir haben da kein arbeitsteiliges Verfahren, lieber Kurt, also das überlasse ich gerne dir, diese Fragen zu beantworten. Ich wollte nur sagen, danke dass du diese Geschichte jetzt auch aufgegriffen hast, auch wenn ich jetzt in der Fragestunde nicht mehr dran war, ich glaube, es ist eine große Not bei den Eltern da, also vor allem jene Eltern, die Diabetikerkinder haben, also sind ganz viele Fragen jetzt offen, es ist bei den Lehrenden sehr viel Unsicherheit da und ich bin auch sehr froh, dass die Sissi Potzinger diesen Zusatzantrag eingebracht hat. Es ist jetzt auch dieser Übergang im Land ein sehr schwieriger, vom nicht mehr zuständigen Schickhofer auf die nun zuständige Lackner, Schickhofer hat angeblich nichts davon gewusst, also das lasst auch tief blicken und von dem her, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass man relativ schnell Sicherheit herstellen können, Sicherheit für die Kinder und Sicherheit für die Eltern, weil das einfach auch mit Betreuung zu tun hat und Betreuung heißt, was anderes tun zu können, entlastet zu werden. Innerhalb der Sozialkürzungen ist ja durch Schrittwieser massiv reingefahren worden im Bereich der Familienentlastung und jetzt auch im Schulbereich, diesen Rückschritt zu machen, das geht einfach zu weit. Von dem her danke für den Zusatzantrag und für den Antrag.

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Nach der geschäftsordnungsmäßigen Frage darf ich mich jetzt noch einmal kurz zu Wort melden und noch einmal präzisieren anhand eines ganz konkreten Beispiels. Und zwar hat sich das Kollegium der Landessonderschule für körper- und mehrfachbehinderte Kinder mit der Frau Direktorin und dem gesamten Lehrkörper, von allen auch unterzeichnet schriftlich, an den Herrn Stadtrat gewandt mit einem Hilfeschrei. LehrerInnen und Kollegium hat am 1. Juni 2015, also vor gut zwei Wochen, genau einen Tag nach den Landtagswahlen erfahren, dass das Stundenkontingent für das kommende Schuljahr, also ab September 2015, wesentlich weniger Stunden vorsieht, als benötigt wären. Also eine drastische Kürzung der notwendigen Zahlen und dieser Hilferuf war Anlass für unseren Zusatzantrag. Ganz klar, wir wollen, dass nicht gekürzt wird, aber wir haben das eben so formuliert, die Bereitstellung des notwendigen Stundenkontingents, wir wollen nicht nur, dass nicht gekürzt wird, sondern pro Futuro mit dieser Formulierung auch vorsorgen, dass bei etwaigen zusätzlichem Bedarf auch noch ein weiteres Stundenkontingent bedarfsgerecht bereitgestellt wird. Das zur Erklärung.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Hoher Gemeinderat! Danke für die sich abzeichnende Zustimmung zu diesem Antrag und dass wir hier so auch gemeinsam im Sinne der Integration und Inklusion arbeiten. Danke auch dir, lieber Herr Stadtrat, ich glaube, dieses Verantwortung wahrnehmen im eigenen Bereich, das habe ich vorher schon gelobt bei der Integrationsstrategie und ist auch hier etwas Wichtiges, wofür ich auch hier natürlich Lob aussprechen und Dank sagen möchte. Und zum Zusatzantrag möchte ich nur kurz sagen, es handelt sich hierbei jetzt sozusagen um ein Mosaiksteinchen, im wahrsten Sinne des Wortes, eines großen Mosaiks. Aus meiner Sicht sollte man daher

dieses Thema, wie eben in meinem Antrag vorgeschlagen, als Ganzes diskutieren, ein Konzept ausarbeiten und dann im Zuge der Ergebnisse auch an das Land natürlich, war ja auch mit drinnen in meinem Antrag, sich auch an das Land wenden, wo ich gerne auch fraktionell unterstützend bei einem Gespräch dabei bin selbstverständlich und auch ich finde das nicht besonders gut, dass der Bund immer wieder Reformen macht und sagt, aber es muss kostenneutral bleiben. Ich glaube, da sind wir uns relativ einig, dass es nicht ohne zusätzliche Mittel in vielen Bereichen auch geht und auch da machen wir uns natürlich gerne dafür stark. In diesem Sinne einmal danke für die Zustimmung, die sich abzeichnet (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.

4) Örtlich und zeitlich begrenztes Bettelverbot

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Örtlich und zeitlich begrenztes Bettelverbot, sektorales Bettelverbot. Wir alle können uns erinnern an die Aufhebung der Bestimmungen im Steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes, die Aufhebung des Bettelverbotes durch den Verfassungsgerichtshof. Seitdem ist ja einiges passiert. Zwei Länder, im Speziellen Oberösterreich und Salzburg, haben in ihren Landespolizeigesetzen, in Oberösterreich im Polizeistrafgesetz und in Salzburg im

Landessicherheitsgesetz, Formulierungen eingearbeitet und auch gefunden, die der Prüfung durch den VfGH standhalten. Da sollte unserer Meinung nach die Steiermark nachziehen und diese beiden Bundesländer, im Speziellen und vor allem Salzburg, als Vorbild nehmen. Wir alle können uns auch erinnern, dass das Bettelverbot, wie es damals in Kraft war, seine erwünschte Wirkung auch erzielt hat. Ein Großteil der Bettler hat sich an das Verbot gehalten und sehr, sehr viele Bettler haben Graz auch den Rücken gekehrt. Was hat sich seit der Aufhebung aufgrund von Formalismen, nichts anderes war es ja, warum der Verfassungsgerichtshof das Bettelverbot aufgehoben hat, was hat sich seit dem geändert? Einerseits die Vorgehensweisen der Bettler, die Zahl der Bettler und auch das, was dahintersteckt, nämlich die organisierte Bettelei und die Strukturen, haben zugenommen und sind wieder zu einem Ausmaß herangewachsen, das den Bürgern, den Geschäftstreibenden, den Wirtschaftsleuten aber auch den Touristen ein Dorn im Auge ist und einfach nicht für die Stadt Graz spricht. Wir haben die Möglichkeit, im Zuge dieser Debatte, die jetzt stattfindet, das Land auch in die Pflicht zu nehmen, ebenfalls diese Bestimmungen in das Landespolizeisicherheitsgesetz nach Salzburger Vorbild einzuarbeiten und uns damit als Stadt Graz die Möglichkeit zu geben, mittels Verordnungen, mittels einer Verordnung das Betteln in jeder Form in gewissen Bereichen zu untersagen. Ich möchte, weil es natürlich gerade diskutiert wird, auch und allein schon deswegen ist der Antrag natürlich schon dringlich, weil es natürlich diskutiert wird, das sektorale Bettelverbot in Salzburg noch etwas genauer betrachten und vor allem aufgrund dieser Debatte im Salzburger Gemeinderat, das ist ja noch nicht so lange her, das ist einen Monat her, da hat man sehr, sehr schön sehen können, wie es auch sehr sachlich zu diesem Beschluss gekommen ist und was da alles auch an Gründen dahinterstecken. Wichtig ist, glaube ich, insgesamt bei dem Thema, dass man da sachlich bleibt, das ist nicht immer leicht, das ist ein sehr emotionales Thema, aber Salzburg kann uns da Vorbild sein, wie man diese Debatte auch sehr, sehr sachlich führen kann. Die Argumentation der ÖVP in Salzburg durch Vizebürgermeister Preuner war, ich zitiere: Keiner will die in Not Reisenden aus der Stadt verbannen, aber wir wollen es auf ein

Maß zurückführen, dass die Beschwerden und die Kritik aus der Bevölkerung wieder weniger werden. Der SPÖ-Bürgermeister Heinz Schaden hat zum Besten gegeben in dieser Debatte, die Stimmung unter den Bürgern sei am Kippen, man müsse sich auf den Versuch, das stille Betteln zu beschränken, einlassen. Und ins selbe Horn stößt der sozialistische Gemeinderat Auinger, er hat gesagt, die Situation ist mittlerweile unzumutbar, wir müssen uns eingestehen, dass wir mit sozialpolitischen Mitteln alleine nicht mehr weiterkommen. Also man sieht, die SPÖ in der Stadt Salzburg hat da Realitätssinn bewiesen und auch ihre Meinung, die sie lang gehegt haben, geändert, einfach aufgrund der unhaltbaren Zustände. Es hat viele Beschwerden seitens der Bevölkerung gegeben, auf die auch gehört worden ist in Salzburg und das ist zu beachten und das ist auch der Appell in Richtung SPÖ, hier es der Salzburger SPÖ gleichzutun. Die Beschwerden haben gereicht vom Campieren auf Spielplätzen, Errichten von Bettenlagern unter Brücken, über die Vermüllung bis hin zur Hinterlassung von Exkrementen, also einfach auch Zustände, die keine Stadt, die auch touristisch ein Vorzeigepplatz sein möchte, in Wirklichkeit verträgt. Eines ist klar, das möchte ich abschließend noch sagen, mit einer solchen Maßnahme werden wir jetzt die grundsätzliche Problematik, auch die Armutsmigration, die in Europa stattfindet, nicht lösen, das ist Aufgabe der Europäischen Union. Auf dieser Ebene gehören auch die Mitgliedsstaaten, die auch die Bettler verursachen und in weiterer Folge wir das dann auch ausbaden haben, die gehört natürlich hier auch entsprechend unter Druck gesetzt. Aber wir haben mit dieser ordnungspolitischen Maßnahme, und nichts anderes ist ja ein sektorales Bettelverbot, wir haben mit dieser Maßnahme die Möglichkeit, die Zustände, die in Graz herrschen, die den Bürgern, die den Touristen, aber auch den Wirtschaftstreibenden ein Dorn im Auge sind, wir haben die Chance, diese deutlich zu verbessern. Und insoferne hoffen wir natürlich, dass dieser Vorstoß von uns heute durchgeht.

Ich komme zum

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt durch die hierzu zuständigen Stellen auf dem Petitionswege an das Land Steiermark heran und ersucht den Landesgesetzgeber, das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz dahingehend zu ergänzen, dass es die Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich ermächtigt, durch Verordnung ein auch nicht unter § 3a Steiermärkisches Landessicherheitsgesetz verbotenes Betteln an bestimmten öffentlichen Orten zu untersagen. Folgende Formulierung soll als Absatz 3 dem § 3a StLSG hinzugefügt werden:

„Die Gemeinde kann durch Verordnung auch ein nicht nach Abs. 1 und 2 verbotenes Betteln an bestimmten öffentlichen Orten, insbesondere bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs und deren näheren Umkreis sowie im Eingangsbereich von Lokalen, Geschäften und öffentlichen Gebäuden sowie im Mündungsbereich von Fluchtwegen von Gebäuden, untersagen, wenn auf Grund der dort zu erwartenden Anzahl an bettelnden Personen und der örtlichen Verhältnisse zu befürchten ist, dass die Benützung des öffentlichen Orts durch andere Personen erschwert wird, oder durch solches Betteln sonst ein das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstand bereits besteht oder unmittelbar zu erwarten ist. Vor Erlassung einer solchen Verordnung ist der Landespolizeidirektion Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Wer entgegen einer solchen Verordnung bettelt, begeht eine Verwaltungsübertretung.“

2. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt durch die hierzu zuständigen Stellen auf dem Petitionswege an das Land Steiermark heran und ersucht den Landesgesetzgeber, das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz dahingehend zu ergänzen, dass es die Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich

dazu ermächtigt, am Verordnungswege eine Registrierungspflicht für im Gemeindegebiet bettelnde Personen zu erlassen, wie es bereits im Rahmen der Straßenmusikverordnung vollzogen wird.

Ich bitte um Annahme (Applaus FPÖ).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz um 16.20 Uhr.

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Ja, Armin, schade, dass du nicht am Arbeitskreis mehr teilgenommen hast, wir haben jetzt mehrere Tage, zumindest Nachmittage, viele Stunden verbracht, um eine Strategie hier zu finden, wie wir vorgehen wollen. Tatsächlich ist ein Teil der Strategie, die zwar nicht von allen, aber zumindest von uns, von der Wirtschaftskammer, vom AMS auch gewünscht wurde, im Moment laut dem Landessicherheitsgesetz nicht möglich und das ist bei euch der Punkt 2 im dringlichen Antrag, deshalb werden wir der Dringlichkeit zustimmen. Das Problem müssen wir angehen, wir haben erst jetzt vor kurzem wieder eh in einem Gebäude auch das die Stadt Graz übernehmen möchte oder inzwischen übernommen hat, dieses Problem gehabt der illegalen Ansiedelung. Das heißt, diese Registrierung, von der erwarten wir uns, dass es tatsächlich auch wie bei der Straßenmusik zu einer deutlichen Verbesserung kommt der Situation, daher wäre uns wichtig, dass wir diesem Punkt 2 auch die Zustimmung geben können, deshalb bitte ich auch um getrennte Abstimmung. Das sektorale Bettelverbot werden wir einmal schauen, jetzt schauen wir einmal, ob wir den Punkt 2, ob der Landtag überhaupt diesem folgt und uns diese Möglichkeit einräumt. Sollte es dann noch immer Schwierigkeiten geben oder Probleme, kann man etwas anderes auch noch fordern. In der Strategie, die wir haben, ist es im Moment nicht vorgesehen, der Herr Bürgermeister hat sie ja vor einem Monat

präsentiert, deshalb werden wir jetzt der Dringlichkeit zustimmen und anschließend um getrennte Abstimmung und werden dem Punkt 2 die Zustimmung geben (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Ich hoffe, dass uns der Landtag folgen wird, nachdem ihr ja auch den Landeshauptmann stellt, könnte ihr vielleicht da vielleicht auch versuchen, die Probleme, die die Stadt Graz in dieser Frage hat, auch noch einmal entsprechend zu deponieren. Wenn das aus eurer Sicht dann ein nächster Schritt ist, dass dann auch wirklich das gesetzlich festgeschrieben wird, das sektorale Bettelverbot, dann soll es uns recht sein, wir könnten das natürlich auch jetzt gleich machen, aber wenn das Schritt für Schritt aus eurer Sicht vernünftig ist, ok. Soll so sein, von der SPÖ, ich weiß nicht, meldet ihr euch noch zum Inhalt zu Wort oder nicht, ich weiß es nicht. Es ist schade, dass ihr eurem Bürgermeister in Salzburg hier nicht Folge leistet. Ansonsten danke, dass die Dringlichkeit durchgeht und vielleicht gibt es noch eine inhaltliche Debatte, wer weiß (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne) angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zum Antrag: Liebe KollegInnen! Ich habe da ein ziemliches Packerl Papier, es sind die neuen Lösungswege für einen menschenrechtskonformen Umgang mit dem Thema Betteln in Graz. Ich war sehr froh, dieser Arbeitsgruppe anzugehören, wir haben viel Zeit miteinander verbracht, es war die Wirtschaftskammer eingebunden, das AMS war eingebunden, NGOs, die Caritas, alle

Gemeinderatsfraktionen, es war großartiger Diskurs, wir haben viel gearbeitet, wir haben uns viele Beispiele angeschaut und ich denke, wir sind ja auch zu einer sehr guten Strategie gekommen und ich bin sehr froh, dass es das gibt und an Sie, Herr Bürgermeister, sehr froh, dass Sie das auch angehen wollen für diese Stadt. Ich würde mich sehr freuen, wenn man in einem Ausschuss oder auch hier im Gemeinderat inhaltlich diskutieren könnten, Sie haben es den Medien vorgestellt, aber das steht noch aus und ich wäre sehr froh, wenn da auch herinnen einmal inhaltlich die Debatte passieren würde und es ist dort ein Punkt als Dissens festgehalten in dieser Diskussion und das ist der Punkt der Registrierung. Es ist so, dass wir die Ausweisungspflicht in Graz haben, es ist so, dass wir die in Österreich haben, aber auch die Meldepflicht haben und das heißt also, wir haben eigentlich Maßnahmen, um zu überprüfen, wer in der Stadt ist und auch zu schauen, wo die Leute sind. Das Problem ist, dass die Polizei da oft auch nicht hinterherkommt und auch der Klamminger hat ja, also der Herr Polizeipräsident, Landespolizeipräsident, hat sich ja auch in dieser Diskussion dahingehend geäußert, dass er keine Freude hätte mit einer Registrierpflicht, wenn sie nicht einmal aggressives Betteln ausreichend verfolgen können, wie sollen sie zusätzliche Pflicht auch noch verfolgen oder überprüfen oder sanktionieren, die ja additiv wäre zu einer bestehenden Rechtslage, die ja eh schon gegeben ist. Ich will mich da jetzt gar nicht viel länger verbreitern, das Einzige, was ich noch einmal zu bedenken geben möchte, weil das haben wir in diesen Sitzungen sehr oft eingebracht, die Bettellobby, aber auch wir von den Grünen, aber auch die Caritas, die gesagt hat, wenn ich sozialarbeiterisch arbeiten will, dann ist es ganz wichtig, dass ich in Kontakt komme. Ich komme nicht in Kontakt, wenn der Mensch, der mir gegenübersteht, Angst hat. Registrierpflicht hat mit Angst zu tun, Pflicht ganz oft mit Kontrolle, Sanktion und Angst. Die Ausweisungspflicht besteht auf Ebene der EU-BürgerInnen, wir reden von EU-BürgerInnen, auch wenn wir von Roma und anderen Bettlerinnen und Bettlern sprechen, also wir haben eine ausreichende Rechtslage. Die Bitte wäre wirklich, in das zu investieren, dass wir in Kontakt kommen und über das merken, wer ist eigentlich in der Stadt, wer braucht was, wo können wir helfen, wo können wir nicht helfen. Die

Caritas ist auch ganz gut, indem sie sagt, wir machen Perspektivenarbeit und die Perspektive heißt oft, keine Perspektive in Graz. Auch das wird oft vermittelt, das wird nur oft nicht erzählt, sondern es werden immer nur die angeblichen Bedrohungsszenarien erzählt. Hier passiert viel gute Arbeit und die wird gestört und behindert, wenn wir da wieder mit einer Sanktion reinfahren, die heißt Registrierpflicht. Das heißt, wir werden beiden Antragspunkten nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich stimme mit Ihnen überein, dass sich wirklich alle, die mitgearbeitet haben, wirklich gut eingebracht haben. Es ist natürlich in einer solchen Diskussion ganz, ganz schwer, zu einem gemeinsamen Nenner zu kommen, in dem Punkt gab es Dissens, da gab es aber unterschiedliche Meinungen drüber und ich sage, weil Sie das Wort Angst und Sanktion gesagt haben, wir haben auch gesagt, jeder Mensch, der in diese Stadt kommt und hier nächtigt und da ist, meldet sich auch an und ich habe eigentlich dabei, wenn ich woanders war, auch nie eine Angst verspürt und es wird davon abhängen, wie man damit umgeht. Wenn wir eine solche Möglichkeit zustande brächten in Graz, würden sich die Menschen ja auch bei uns anmelden und dementsprechend auch eine Möglichkeit dann bekommen, sich auszuweisen. Und das könnte dann die Polizei sich auch anschauen und ich denke mir, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch so geschult und so gut im Umgang und menschlich im Umgang wären, dass diese Angst nicht entstehen würde. Deswegen, denke ich mir, ist das einmal ein Schritt, um das Thema anzugehen und damit wir auch einmal wissen, um wen handelt es sich da. Bei manchen wissen wir es, weil Pfarrer Pucher und die Vinzenzgemeinschaft ja sowieso schon seit vielen Jahren mit ihnen arbeitet, die sind uns ja mittlerweile auch schon vertraut worden, aber es kommen halt immer wieder auch Menschen dazu, wo wir nicht wissen, wer es ist und die kannst du zwar von der Polizei auffordern, einmal sich auszuweisen, das eine oder andere, das

wäre halt einmal eine gezielte Vorgangsweise, um einmal zu wissen, wie viele sind das, wie kann man unter Umständen daraus auch weitere Maßnahmen ableiten, weil das Papier war ja eben nicht nur eine Registrierpflicht, sondern ist eine Handlungsanleitung, wie man generell dieses Thema und diese Situation für die Menschen in Summe auch für die Betroffenen verbessern könnte und deswegen sehe ich das Thema ein bisschen anders, werden wir ja sehen, wahrscheinlich wird es zum Punkt 2 kommen, ob das Land uns diese Möglichkeit eröffnet, wissen wir auch noch nicht.

GR. Mag. **Sippel**: Ganz kurz, ich meine, es ist ja jedem überlassen, sich auch hier einzubringen, einen Arbeitskreis und auch Ideen zu erarbeiten und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Aber es ändert nichts daran, dass wir die gewählten Politiker sind, die auch in dieser Frage Verantwortung haben und hier trachten sollten, hier auch entsprechende Lösungen zu bieten und ich glaube, das Falscheste, was wir tun können, auch als Kommunalpolitiker, ist hier den Kopf in den Sand zu stecken. Wir müssen uns auch dieser Fragen annehmen und wenn ein guter Vorschlag auch dieses Arbeitskreises dabei ist, dann nehmen wir ihn gerne auf, diskutieren hier da herinnen noch, aber es kann nicht sein, dass das ausgelagert wird die Lösungsfindung zu diesem Problem. Also ich fühle mich da als Politiker schon verantwortlich, auch hier entsprechend mitzuarbeiten. Ich glaube, was wir brauchen, sind einfach neben diesen ganzen Ideen, die es da gibt, wo nicht jede auch unsere Zustimmung treffen wird, aber was wir brauchen sind gesetzliche Regelungen und Verordnungswerke, wo Klarheit herrscht. Ich glaube, wir brauchen Klarheit und da ist das Land auch wirklich aufgefordert, der Stadt diese Instrumente in die Hand zu geben, dass wir Klarheit schaffen können und wenn es noch einmal abschließend um die Registrierpflicht geht, ich glaube, das ist einfach auch eine der Möglichkeiten und der Mittel, um die Organisationen dahinter, und das wird ja wohl niemand bestreiten können, dass das

eben auch von gewissen kriminellen Strukturen unterwandert ist dieses ganze System, dass wir über diese Möglichkeit auch an diese Strukturen und an diese Machenschaften herankommen (*Applaus FPÖ*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne) angenommen.

5) Wasser marsch! Maßnahmen gegen die zunehmende Hitze in der Stadt

GR. **Dreisiebner** stellt namens von SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es gibt und gab in den letzten Jahren ein EU-Programm Central Europe, das sich mit Urban Heat Islands, den urbanen Hitzeinseln befasst hat. Da war die Stadt Wien neben Städten wie Budapest, Ljubljana, Modena, Padua, Prag, Stuttgart und Warschau mit dabei. Wien hat sich im vorigen Jahr nach der Abschlusskonferenz im Juni des vorigen Jahres zu folgenden Strategien zum Kampf gegen diese urbanen Hitzeinseln entschlossen. Hitzeinseln heißt, dass durch Versiegelung durch die dunkeln Anstriche, durch Asphalt usw. es zu Tagestemperaturunterschieden im Vergleich zum Umland, zum Freiland, von etwa drei Grad und in Nächten, windstillen Nächten, im Vergleich zum Umland von bis zu 12 Grad im Durchschnitt, also in etwa sechs Grad laut Unterlagen, die ich recherchiert habe, kommen kann. Die Maßnahmen sind zirka 70 an der Zahl und sind größtenteils untechnischer Art, wie es auf der Homepage der Stadt Wien

heißt. Das sind Dinge wie das Weiterbetreiben von Begrünungen, ein zusätzliches Anlegen von Wasserbecken, Wasserflächen, dass man dementsprechend auch mit Belägen, mit Farbanstrichen usw. arbeitet beziehungsweise adäquaten Materialien im Bereich des Gebäudebaus und der Platzgestaltung arbeitet. Die groben Punkte, in denen die Stadt Wien sich Handlungsbedarf gesetzt hat, gehen in fünf Gruppen hinein. Fassaden- und Dachbegrünung, mehr Wasserflächen, mehr Alleebäume beziehungsweise Pflanzungen, weniger Individualverkehr und Berücksichtigung von Windschneisen in der Stadtplanung. Manches davon haben wir uns auch schon vorgenommen und manches davon ist aus unserer Sicht, und da bin ich der sozialdemokratischen Fraktion, namentlich der Kollegin Haas-Wippel, sehr dankbar, dass sie damit an Bord gegangen sind schon im Vorfeld, es ist unserer Fraktion noch zuwenig. Wir haben zum Beispiel zwar ein sehr großes und starkes Programm in Richtung Ausbauten von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet gehabt, trotzdem gibt es noch immer zentrale Orte, wie etwa den Hauptplatz, wo es einen Trinkwasserspender gab und jetzt nicht mehr gibt, am Jakominiplatz, am Bahnhof fehlen solche. Es gibt bestehende Brunnenanlagen, die außer Betrieb sind, vorübergehend oder gänzlich, das entzieht sich aktuell meiner Kenntnis. Es wird gerade in einer Stadt, die permanent in Umgestaltung, in Überbauung, auch in die Stadterweiterung, Stichwort Reininghaus, Stichwort SmartCity Graz Mitte, geht, aus unserer Sicht viel zuwenig auf Wasserflächen, auf begrünte Plätze und Ähnliches mehr Wert gelegt. Wir haben natürlich die Thematik, dass wir Dachbegrünungen, beginnend auch schon vertikale Begrünung, sprich Fassadenbegrünungen, andenken, aber wie gesagt, es ist noch einiges zu tun. Etwas, was in manchen Städten auch gemacht wird, sind Sprühwasseraktionen, Sprenkelaktionen, etwa in Parks oder auf Straßenflächen an besonders heißen Tagen. Das Befeuchten dieser Gebiete schafft dort mikroklimatisch eine Abkühlung, ist, wenn man sich den einen oder anderen sogenannten Mafiafilm aus den 60er/70er-Jahren anschaut, in der Szenerie, wo der Hydrant aufgedreht wird und die Kinder an einem heißen Sommertag praktisch dort im Wasser herumplantschen, das könnte organisiert sein, zusammen mit der Feuerwehr, die ja

ihre Schläuche immer wieder kontrollieren muss, das könnte zum Beispiel an heißen Tagen passieren. Vieles mehr steht im Motivenbericht, jetzt möchte ich zum dringlichen Antrag, den ich namens der grünen Fraktion und namens des SPÖ-Klubs stellen darf, kommen. Er ist dank des Inputs von Waltraud Haas-Wippel jetzt aus fünf Punkten bestehend.

Der Gemeinderat möge beschließen:

- Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zu befassenden Abteilungen und Ämtern die Maßnahmen aus dem EU-Projekt Urban Heat Islands „Strategien zur Minimierung des globalen Phänomens urbaner Hitzeinseln“, das in Wien im letzten Jahr präsentiert wurde, auf ihre Umsetzbarkeit für die Stadt Graz hin zu prüfen und dem Gemeinderat einen Aktionsplan für die kommenden Jahre vorzulegen.
- Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Holding Graz eine öffentliche Trinkwasserversorgung für den Hauptplatz, den Jakominiplatz, den Hauptbahnhof und andere bisher noch nicht erschlossene, stark frequentierte Orte zu prüfen sowie bestehende Brunnenanlagen, die derzeit außer Betrieb sind, wertzulegen beziehungsweise wieder in Betrieb zu setzen.
- Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Holding Graz und der Feuerwehr in Anlehnung an den Motivenbericht zu prüfen, ob an besonders heißen Tagen Sprühwassersprenkelaktionen an geeigneten Plätzen der Stadt durchgeführt werden können.
- Die zuständigen Stellen werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Holding Graz geeignete Standorte in Parks und auf Spielplätzen für begehbare Brunnen zu finden und diese dem Aktionsplan beizufügen.
- Parallel wird seitens der Stadt Graz eine Bewusstseinskampagne gestartet, was den Wert des Gutes Wasser anbelangt. Ziel sollte sein, die Grazer Bevölkerung betreffend die wertvolle Ressource Wasser zu sensibilisieren, auf die immense Wasserknappheit in vielen Regionen der Welt aufmerksam zu machen, unter der bereits jetzt eine halbe Milliarde Menschen leiden und die Notwendigkeit

von Hilfsprojekten, Unterstützungsmaßnahmen und Entwicklungshilfe hervorstreichen.

Nicht überall ist so toll die Situation wie in Graz, hier hat man genügend Wasser, hier hat man hochqualitatives Wasser, ein paar hundert Kilometer weiter ist es schon ganz anders. Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Sikora** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl Dreisiebner! Der KPÖ-Gemeinderatsklub unterstützt deine Initiative. Wie du bereits weißt, haben wir ja genauso schon voriges Jahr, genau im Juli bei der Gemeinderatssitzung, Wasserbedarf gehabt und einen Antrag eingebracht, der besonders auf den Punkt 2 deines Antragstextes hinspielt, also wo wir eindeutig zuwenig Trinkbrunnen in der Innenstadt haben und darum kann ich nur diese Initiative unterstützen und dir „Wasser marsch“ wünschen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Ich weiß ja nicht, ob die Dringlichkeit gegeben sein wird, nachdem hier ja zwar dankenswerterweise Kollege Sikora auf seinen oder euren Antrag hingewiesen hat, der sehr, sehr wichtig ist. Wie wir sehen, ist noch immer nicht alles in die Richtung passiert und ich möchte noch einmal appellieren. Die Stadt wächst ganz massiv, ich zitiere den Herrn Bürgermeister gestern, mit viereinhalbtausend Menschen mehr pro Jahr netto, bei der Flächenwidmungsplanveranstaltung für Straßgang und Puntigam, das hören wir sehr oft und wir freuen uns auch darüber, aber dafür muss man die entsprechende Infrastrukturmaßnahmen setzen. Wir haben ja nicht nur eine Zunahme von jungen Menschen, wir haben auch eine Zunahme von älteren Menschen und gerade ältere Menschen leiden insbesondere sehr unter diesen Hitzetagen, wie es etwa am letzten Wochenende war. Das Körpergefühl nimmt im hohen Alter oder

höheren Alter doch etwas ab, die Menschen dehydrieren und schlussendlich lässt es sich leider statistisch belegen, dass sehr heiße Sommer, sehr heiße Sommerphasen auch zu erhöhter Mortalität führen. In diesem Sinne hoffe ich, dass andere Parteien auch die Dringlichkeit unterstützen. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** zum Antrag: Lieber Antragsteller, liebe Kollegen! Ich finde es erfreulich, dass auch den Grünen auffällt, dass in der Stadt, in den Bereichen Stadtplanung, Stadtentwicklung und Grünraumsicherung wirklich einiges im Argen liegt und sicher nicht zukunftsträchtig ist. Besonders treffend finde ich die Schlagwörter im Motivenbericht: unreflektierte Verdichtung, fehlende Rücksichtnahme auf Frischluftschneisen, Versiegelung von atmungsaktiven Flächen, das sollte uns allen zu denken geben, wohin sich die Stadt entwickelt. Das EU-Projekt Urban Heat Islands ist absolut wichtig und richtig und wir werden dem Punkt 1 auch zustimmen. Punkt 2 zur öffentlichen Trinkwasserversorgung auf gewissen Plätzen stimmen wir auch zu, den Punkt 3 finde ich allerdings etwas befremdlich, dass man die Feuerwehr der Stadt Graz mit solchen Aufgaben belästigen, die haben sicher wichtigere Aufgaben, als uns mit Sprühaktionen zu belustigen, vor allem, wenn man sich den Punkt 5 anschaut und man über den Wert des Wassers redet, findet ich das nicht richtig, dass man dann Wasser versprüht und verschwendet. Punkt 4, das halte ich für ein hygienisches Problem und Punkt 5, die Sensibilisierung, ist ja eigentlich im EU-Projekt eh verankert. Also wir bitten um getrennte Abstimmung, Punkt 1 und 2 stimmen wir gerne zu (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Als Planungsreferent, der gerade einen einstimmigen Beschluss im Flächenwidmungsplan zum Thema Verdichtung zustande gebracht hat mit Ihrer aller Hilfe und wir auch für all diese Verdichtungen im Gemeinderat fast immer auch die notwendigen Mehrheiten gefunden haben, kann ich nicht ganz so stehen lassen. Ich glaube, dass wir uns in einer Stadt befinden, die nach wie vor einen Schutz des Grünraums und des Grüngürtels verankert hat, der mehr als sehenswert ist, um den sich andere Städte nicht einmal drüber trauen, 52 % des Stadtgebietes sind Grünraum, die Hälfte davon Wald und das abgesichert und es wird unseren Bürgerinnen und Bürgern verwehrt, in diesem Bereich zu bauen. Auch die Klimatologiestudien, die wir machen als einzige Stadt seit 20 Jahren mit den Experten der Universität, sind großartig und wir haben gerade in den letzten zwei Jahrzehnten mit diesen Klimatologiestudien nicht mehr die Fehler begangen, die seinerzeit einmal gemacht wurden, wo man diese Windströmungen nicht gemessen hat, also ich finde diese jetzt soeben noch einmal zitierten Teile widerspreche ich heftigst.

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Jedem unbenommen, heftigst zu widersprechen, es ist ja auch nicht gesagt, dass gar nicht das Richtige passiert, es ist damit nur gesagt, dass es weitere infrastrukturelle Maßnahmen braucht, wie Kollege Sikora dankenswerterweise darauf hingewiesen hat. Die Trinkbrunnen, die es an vielen Stellen gibt, an anderen Stellen noch nicht gibt, wo sie notwendig wären und ich habe es vorhin erwähnt, wir leben in einer wachsenden Stadt, wir leben in einer Stadt, wo Stadterweiterung, wo Überbauung passiert beziehungsweise Umnutzung passiert und da wäre es eine tolle Chance, gerade in solchen Bereichen das alles schon mitzudenken, Stichwort Eisteiche in Reininghaus, werden die zugeschüttet oder bleiben sie und legen wir vielleicht im Central Park dann kein oder doch ein alternativ neues Wassergebiet oder eine Wasserinstallation an. 52 % Grünraum, Grüngürtel in

Graz, ja eh, nur was hilft das dem, der in Jakomini im dicht verbauten Gebiet ohne den Grünraum steht und lebt und rausgeht, das sind mikroklimatische Dinge, die da passieren. Das ist halt einfach an der Ecke schlechter als an einer anderen. Und da möchte ich schon darauf hinweisen, gerade heute hat hier die Volkspartei einem Bebauungsplan zugestimmt, wo der vitale Baumbestand auf dem gesamten Bauplatz praktisch ratzeputz weggemacht wird, Triester Straße - Wagramer Weg, um dann neue Bäume hinzustellen, wir wissen alle, was das an Dauer und an Jahren bedeutet. Wie alt sind wir denn, wenn diese Bäume wieder vital sein werden, wie alt sind wir denn? Und das Zweite ist, es ist in diesem Zentrum Puntigam in diesem Bebauungsplan wäre die Chance gewesen, einen öffentlichen Platz, der den Menschen gehört und der nicht zu einer Shopping-Wald zu einem Kinocenter oder einem Lebensmittelhändler gehört, hinzustellen. Der hätte natürlich befestigt sein können, teilweise befestigt sein können, auch Grünfläche sein können, öffentliche Grünfläche sein können. Ich habe gestern im Ausschuss zum Beispiel gesagt, wo werden denn die Puntigamer in Zukunft zum Beispiel einen Bauernmarkt hintun? Wo werden sie den hintun, da müssen sie dann beim Cineplex oder bei einem irgendeinem Markt fragen gehen. Das sind die Faktoren um die es da geht. Es ist keine Frontalkritik an der Stadtplanung, es ist das Aufmachen einer zusätzlichen Facette, eines wichtigen Bereiches, wo wir bitte auch hinschauen wollen und sollen. Wenn das die ÖVP nicht teilt, dann teilen sie es nicht, wir werden teilweise, wie es scheint, die Mehrheiten bekommen, dafür bin ich dankbar, teilweise werden wir sie nicht bekommen, wie wohl ich zur Kollegin Schleicher schon eines sagen muss, dass uns jetzt auffällt, dass man die Grünräume sichern muss. Ich mag nur darauf verweisen, vielleicht warst du nicht da oder was auch immer, ich habe den Antrag auf Grünraumausstattung und Initiative, Offensive in Richtung Grünraumausstattung gestellt und Mehrheit oder einstimmig, ich weiß nicht genau, da durchgebracht. Der Herr Bürgermeister hat das dankenswerterweise sehr aktiv übernommen und ist in seinem Programm unterwegs und ich hoffe, dass wir am Ende auch das dementsprechende erreichen. Und noch eine Kleinigkeit, bitte beim Kollegen Hötzl

nachfragen, warum wir das Pammerbad versiegeln sollen, das ist mir heute sehr sonderbar vorgekommen. Ich danke nochmals (*Applaus Grüne*).

Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Punkt 4 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Punkt 5 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

6) Stadt Graz erklärt sich zur „TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde“

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meinem Antrag geht es um das Thema TTIP/CETA und TiSA. Wie Sie alle wissen, verhandelt die EU seit 2013 mit den USA über eine Transatlantisches Handelsabkommen und eine Investitionspartnerschaft, und diese Abkommen TTIP/CETA und TiSA hätten auch auf die Eigenständigkeit von

Gemeinden auf die Erbringung von kommunalen Dienstleistungen, wie beispielsweise Wasserversorgung, Pflege oder Bildung, massive Auswirkungen. Das heißt, dass wir von diesen Verhandlungen als Kommunale, als Stadt, massiv betroffen sind und ganz direkte Auswirkungen spüren würden. Daher haben sich viele Städte, Gemeinden in Europa entschlossen, gemeinsam gegen TTIP/Ceta und TiSA aufzutreten. Viele BürgerInnen waren und sind auf der Straße, allein am 18. April des heurigen Jahres gingen in Österreich 22.000 Menschen auf die Straße, um gegen TTIP zu protestieren, in Graz waren es mehr als 2000 und auch viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat waren da auch dabei. Eine konkrete Initiative, in der Gemeinden sich kritisch gegen das geplante Abkommen aussprechen können, hat ein Zusammenschluss von verschiedenen Vereinen wie Attack, Global 2000, Südwind gestartet und die haben eine Resolution entworfen, die ich heute meinem dringlichen Antrag angeschlossen habe quasi mit der Bitte, dass die Stadt Graz sich zur TTIP-freien Gemeinde erklärt und das unterzeichnet. Ich weiß, dass wir bereits im Jahr 2014 das Thema TTIP auf der Agenda des Gemeinderates hatten und damals auch eine kritische Position beschlossen haben, ich glaube aber trotzdem, dass es hinsichtlich auch der anderen Abkommen und hinsichtlich der neuen Entwicklungen rund um diese Abkommen eines nächsten Schrittes bedarf. Zum aktuellen Stand vielleicht. Im April 2015 haben sich zwei Ausschüsse des Europäischen Parlaments gegen die umstrittenen Schiedsgerichte, die sind gerade sehr stark in Diskussion, bei diesem Abkommen ausgesprochen und die ursprünglich für den 10. Juni 2015 geplante Abstimmung der Resolution des Europäischen Parlaments an die Europäische Kommission wurde jedoch verschoben und eröffnet nun die Möglichkeit, dass die Stadt Graz in den Kreis jener bereits über 220 Gemeinden eintritt, die sich als TTIP/CETA- und TiSA-freie Gemeinde erklärt haben. Wie gesagt, es laufen derzeit die Verhandlungen im Europäischen Parlament und es wäre ein sehr schönes Zeichen, wenn die Stadt Graz nun im Sinne ihrer BürgerInnen und zum Schutz ihrer Daseinsvorsorge, aber auch unserer hohen Standards, was Umwelt, Lebensmittel, medizinische Standards betrifft, ein klares Bekenntnis gegen TTIP/CETA und TiSA abgibt.

Die Resolution, wie gesagt, ist bei meinem dringlichen Antrag dabei und ich stelle hiermit seitens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz unterstützt und unterzeichnet die dem dringlichen Antrag beigefügte Resolution „250 Gemeinden TTIP Frei“ und erklärt sich zur „TTIP/CETA und TiSA-freien Gemeinde“.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Ich darf gleich zur Dringlichkeit auch für meine Fraktion sagen, dass wir diesem dringlichen Antrag die Zustimmung geben werden. Es wäre wünschenswert, wenn es eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft gäbe, die Art und Weise, wie diese Verhandlungen laufen, und die Ergebnisse, die wir bislang auch zu Gehör bekommen haben, gefallen uns gar nicht. Wir haben ja auch im Rahmen des Städtetages mit dem Städtebund eine gemeinsame Resolution verfasst, die ganz klar gesagt hat, dass, gerade was die Gemeinden anbelangt, der Bereich der Daseinsvorsorge ganz, ganz wichtig für uns ist und deswegen werden wir das mitunterstützen und hoffen, dass es unter Umständen auch einen gemeinsamen Handelsraum geben wird. Aber in einem Zeitalter, in dem man Bürgerbeteiligung und Transparenz auf europäischer Ebene ununterbrochen zum Thema macht, kann man nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln und keine Ergebnisse oder nicht einmal die Grundlagen, die am Tisch liegen, einsehen, deswegen werden wir die Zustimmung geben bei diesem dringlichen Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich bin im Mai 2014 schon hier gestanden, genauso auch der Kollege Pacanda, wir haben auch damals schon den Antrag eingebracht, der sich gegen TTIP ausgesprochen hat. Die Stadt Graz wird schon aufgeführt als TTIP-freie Gemeinde auf TTIP-Stoppen.at. demnach ist es sehr wichtig, es freut mich auch besonders, dass während man im Mai 2014 noch zittern haben müssen, ob denn die Mehrheit durchkommt, dass es heute sehr breit werden wird. Ich möchte im Zusammenhang mit TTIP zitieren den Schweizer Journalisten, Globalisierungskritiker und gleichzeitig auch langjährigen Berichterstatter der UN für das Recht auf Ernährung Jean Ziegler, der den Konflikt um TTIP als Armageddon, als den Endkampf bezeichnet hat und er erläutert das folgendermaßen. Er sagt, der freie Handel bringt viel weniger Wachstum als gedacht. Er bedeutet aber umgekehrt, dass vieles, was erkämpft worden ist von Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer bis zu Qualitätsstandards für Nahrungsmittel und Umweltauflagen in Gefahr wäre. Wenn TTIP in dieser Form durchkommt, ist eine entscheidende Schlacht verloren. Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn TTIP durchkommt, dann ist vieles, was hart erkämpft worden ist, vieles, was unser Leben lebenswert macht, in Gefahr und würde als Handelshemmnis den Profitinteressen großer Konzerne geopfert werden. Das beginnt bei den ArbeiterInnenrechten, geht über den Umweltschutz, Lebensmittelstandards, Datenschutz oder auch rechtsstaatliche Standards. Daher auch mein dringender Appell, auch insbesondere an die SPÖ und die ÖVP, hier in ihren Parteien Druck zu machen. TTIP ist weder mit sozialdemokratischen noch mit christlich-sozialen Grundwerten in Einklang zu bringen und insofern ist hier der Zeitpunkt, dagegen aktiv zu werden. So, wie es der Jörg Leichtfried gemacht hat, der sich am Grazer Hauptplatz gestellt hat und eine Brandrede gegen TTIP gehalten hat, um dann, letzter Akt im EU-Parlament, bevor er jetzt zum Landesrat geworden ist, dann in der Handelskommission des EU-Parlaments für die brandgefährlichen Schiedsgerichte zu stimmen, so geht es nicht, also da muss man in den entsprechenden Parteien auf jeden Fall noch nachbessern. Insofern begrüßen wir das sehr herzlich, dass es diese Initiative gibt und

ich kann seitens der KPÖ-Fraktion sagen, dass wir dem sowohl im Inhalt als auch der Dringlichkeit zustimmen werden. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Vorab, Herr Krotzer, das ist so nicht richtig, ich werde es noch ausführen. Bis zur Geschäftsordnung vom Parlament und von den Ausschüssen ist wichtig, damit man es beurteilen kann, weil das Prozedere ist nicht so, dass alles so scheint, wie es ist und das, was Sie jetzt unserem neuen Landesrat unterjubeln wollen, ist nicht richtig. Der dringliche Antrag dem stimmen wir auch zu, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt. Ich möchte auch ergänzen, dass die Arbeitnehmerorganisationen, sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeiterkammer, sich begonnen haben zu Beginn vorigen Jahres dagegen auszusprechen. Hätte ich es auch nett gefunden, wenn du das im Motivenbericht noch mitnimmst, nicht nur die Umweltorganisationen, sondern auch die Arbeitnehmervertretungsorganisationen. Was stört uns, und ich möchte es auch von unserer Seite festhalten, das ist die fehlende Transparenz, die fehlende öffentliche Diskussion, das fehlende demokratische Mandatsverständnis, die fehlende Verhandlung über die Entwicklung von Lohn- und Sozialstandards, die Investorenschutzklauseln, fehlende Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen und die Vorschriften, so wie sie sind oder im Entwurf vorliegen, zum geistigen Eigentum. Es sind mehrere Beschlüsse gefasst worden von Arbeitnehmerorganisationen, dass wir uns dagegen entsprechend aussprechen, in der Vollversammlung der Arbeiterkammer ist das auch schon mehrmals behandelt worden. Ob TTIB, TiSA oder auch CETA. Und wie geht es jetzt weiter? Das Wichtige ist jetzt, glaube ich, dann die Entscheidung im

Europäischen Parlament und da müssen wir uns eines vor Augen halten, das was jetzt debattiert wurde, war in den Ausschüssen und in den Ausschüssen wurde vorwiegend die Vorlage der Kommissarin verhandelt und dann gibt es ein Prozedere zu Abstimmungsanträgen und der sozialdemokratische Abstimmungsantrag drohte unterzugehen, deswegen war die Strategie, das im Europäischen Parlament einzubringen. Jetzt hat es aber so viele Abänderungsvorschläge gegeben, jetzt ist das Ganze wieder retour gegangen in die Ausschüsse und über eines müssen wir uns jetzt aber im Klaren sein, das Europäische Parlament stimmt nicht über das Verhandlungswerk ab, sondern das Europäische Parlament stimmt über die Position des Parlaments zum Vertragswerk ab. Wer die Entscheidungsgewalt, dann hat ist die Kommission. Die Kommission muss dann im Endeffekt über den Vertrag selbst entscheiden. Also hier sind noch ein Entscheidungsprozedere, wie es weitergeht, was ist aus sozialdemokratischer Perspektive ein absolutes No-go, das eine ist die Einschränkung der Befugnisse des Parlaments, dass die demokratisch gewählten Gesetzgeber durch regulatorische Kooperationen ersetzt werden. Wir wollen unbedingt eine Positivliste für den Liberalisierungsbereich und keine Negativliste, wir wissen nicht, wie sich die Zukunft entwickelt und wir können uns selbst nicht den Handlungsspielraum nehmen und natürlich das Investorenschutzabkommen ist auch ein No-go. Also unsere Position zum Handelsabkommen mit den verschiedenen Aspekten ist klar, ich bitte, das auch hier von den Kollegen der KPÖ, Herr Krotzer, auch so zur Kenntnis zu nehmen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Nachdem sich abzeichnet, dass dieser dringliche Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt beschlossen wird, möchte ich mich zuerst einmal bedanken für die Ergänzungen der Kollegen und Kolleginnen zu meinem Antrag und auch noch zu dem, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, sich einmal das beschreiben lassen, wie diese Verhandlungen ablaufen von unserem EU-

Parlamentarier, vom Michel Reimon und das ist einfach unglaublich, wie da verheimlicht wird, wie es gar nicht möglich ist, Informationen weiterzugeben und mit welchen Methoden dort gearbeitet wird und ich glaube, das ist einfach nicht zeitgemäß und auch nicht einer Institution wie der Europäischen Union würdig, wie man da vorgeht. Mein Schlusswort ist jetzt einfach, ich bedanke mich ganz herzlich, dass Graz TIPP/CETA- und TiSA-freie Gemeinde wird, vielen Dank für eure Unterstützung (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Krotzer** zum Antrag: Ich möchte das noch einmal klarstellen. Man hat den Punkt vom Jörg Leichtfried, ich habe mir das noch einmal herausgesucht vom Michel Reimon, wie er eben dieses Abstimmungsverhalten darlegt, wo eben die Sache war, das Leichtfried im Handelsausschuss für die Rohversion des Berichts gestimmt hat, um dann danach einen Abänderungsantrag einzubringen für etwas, was er mit seinem Stimmverhalten überhaupt erst ermöglicht hat.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Bauer: Es gab mehrere Anträge.

GR. Mag. **Krotzer**: Da haben wir doch ein recht doppelbödiges Verhalten (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Insgesamt würde ich gerne auch noch ein bisschen.... ich glaube, das ist entscheidend, dass wir uns anschauen, was am 10. Juni

im EU-Parlament passiert ist, dass hier mit einem Geschäftsordnungstrick, weil es offenbar nicht möglich war, eine Mehrheit zu finden, dass man dann ganz einfach die Abstimmung vertagt hat. Jetzt kann man festhalten, also bei der EU scheint ja jeden Tag Sonntag zu sein angesichts der vielen Sonntagsreden, die gehalten werden, wo Demokratie, wo Sozialunion, wo Friedensunion betont wird. Hier haben wir aber ganz klar die Tatsache, dass, wenn, und bei TTIP geht es um ein Vertragswerk, das von Seiten der EU-Kommission als auch seitens der USA zu 90 % mit privaten Lobbyisten verhandelt worden ist, mit Konzernlobbyisten und wenn sich dann abzeichnet, weil man dann doch noch einen letzten Rest von demokratischer Hürde hat, wenn sich dann abzeichnet, dass man dort keine Mehrheit findet, dass man das ganz einfach vertagt und das Ganze versucht zu umschiffen. Das ist, glaube ich, etwas, worauf wir Wert legen müssen und auch etwas, wo man merkt, dass diese EU, die eben diese vielbeschworene Sozial- und Demokratieunion ist, etwas ist, was sich in eine Richtung entwickelt, wo man merkt, dass es in erster Linie um die Profitinteressen der Banken und der großen Konzerne geht und insofern ist jeder Widerstand, der hier Sand ins Getriebe dieser EU bringt, von uns auf jeden Fall zu unterstützen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Erlauben Sie mir nur eine kurze Klarstellung. Es wurde im Handelsausschuss dem Kompromiss zugestimmt, in dem festgehalten wird, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten über entwickelte Rechtssysteme verfügen und dass nationale Gerichte ausreichenden Schutz gewährleisten. Dennoch muss das Problem im Hinblick auf Investorenstreitigkeiten in Zukunft geregelt werden. Der angenommene Text basiert auf Vorschlägen der Kommissarin Malmström und fordert darüberhinausgehend einen permanenten internationalen Handelsgerichtshof mit unabhängigen professionellen RichterInnen, das heißt, private Anwälte sollen in Zukunft nicht mehr im Geheimen und über Klagen entscheiden können. Der Gerichtshof soll aber auch nicht ständig angerufen werden können, sondern in einigen Fällen. Diese Entscheidung beruht nicht auf einen Sinneswandel, ordentliche Gerichte, Öffentlichkeit, Berufungsinstanz sind Dinge, die eine kompetente Abkehr vom jetzigen

ISTS-System bedeuten. Klarerweise wäre ein schärferer Text wichtig gewesen, das war damals. Danke.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wollte ich auch gerade nachfragen, ich denke, es ist auch für das Thema, für die Person eine wichtige, aber für das Thema an und für sich nicht von großer Bedeutung, weil wir uns inhaltlich einig waren über den Antrag.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Bevor wir zum letzten dringlichen Antrag kommen, möchte ich noch ganz kurz was sagen, nämlich, warum ich jetzt die ganze Sitzung fast nicht anwesend war. Ich habe im Namen der Gemeinde einen Preis abholen dürfen, wir sind wieder einmal zur kinder- und jugendfreundlichsten Gemeinde gewählt worden von der Steiermark (*allgemeiner Applaus*).

7) Polizeiliches Staatsschutzgesetz (110/ME)

GR. **Pacanda** stellt namens von KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda:** Vielleicht werden wir auch eine der ersten Gemeinden sein, die sich dezidiert dagegen ausspricht, also sprich gegen das Staatsschutzgesetz. Ich möchte es kurz zusammenfassen, ein sehr großes Thema, ein sehr intensives Thema, das sehr intensiv auch schon diskutiert worden ist. Um was geht es? In Summe soll im Nationalrat noch kurz vor der Sommerpause, am 7. Juli, ein neues Staatsschutzgesetz verabschiedet werden. Und dabei kommt es eben zu einer massiven Befugnisausweitung, ich möchte ein paar Punkte einfach herauspicken von diesen vielen Punkten, die in Summe kritisch gesehen werden. Also Österreich einerseits würde einen neuen Geheimdienst bekommen, das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung ist eigentlich Polizeibehörde, würde aber auch Befugnis eines Nachrichtendienstes bekommen. Das BVT kann uneingeschränkt verdachtsunabhängig jeden überwachen und braucht dafür weder einen Richter noch einen Staatsanwalt. Allein schon zur Bewertung der Wahrscheinlichkeit eines verfassungsgefährdenden Angriffs kann der BVT jeden überwachen, es muss nicht einmal ein Verdacht vorhanden sein. Der BVT kann auf alle Daten von allen Behörden, also auch auf uns theoretisch, auf alle Firmen zugreifen, ohne einen Richter oder einen Staatsanwalt befragen zu müssen. Die einzige Kontrolle, die es gäbe, ist der interne Rechtsschutzbeauftragte des BMI, aber das BVT kann diesem jederzeit die Akteneinsicht verwehren. Das BVT kann unter Anführungszeichen „auf Daten“ fünf Jahre lang zugreifen, wir könnten aber nachträglich nicht mehr feststellen, wer auf diese Daten zugegriffen hat, weil wer auf das zugreift, müsste nur für drei Jahre gespeichert werden. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Es hat sich die Zivilbevölkerung aktiviert, fast 7.000 Menschen haben eine Petition unterschrieben gegen dieses Staatsschutzgesetz und neben eben diesen 7.000 Bürgerinnen und Bürgern haben auch zum Beispiel die Österreichische Vereinigung der Richterinnen und Richter, die Rechtsanwaltskammer, die Wirtschaftskammer, die Gewerkschaft öffentlicher Dienst, viele NGOs, AK oder Amnesty International sowie auch die Bischofskonferenz grobe Bedenken an diesem geplanten Staatsschutzgesetz geäußert. Unserer Meinung nach sollte gerade Graz als Menschenrechtshauptstadt hier eben

auch eine Verantwortung übernehmen und gerade deswegen auch vorantreten und mit einer Petition an die Bundesregierung starten. Im Antragstext geht es um zwei Punkte, die jetzt separat genannt worden sind, weil auch darum gebeten wird, dass wir das dann nachher separat abstimmen. Punkt eins ist: Die Bundesregierung wird ersucht, das geplante Polizeiliche Staatsschutzgesetz nicht zu beschließen und wieder in das Begutachtungsverfahren zurückzuführen und Punkt zwei, bei einer Neuausarbeitung sind kritisierende NGOs, Bürgerinitiativen und andere Organisationen der Zivilgesellschaft einzubinden.

Ich bitte um eure Unterstützung bei diesem wichtigen Thema. Dankeschön.

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Philip, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um in der Piratensprache zu bleiben, ich glaube, lieber Philip, du bist nicht ganz mit der neuesten Seekarte unterwegs, weil diese Grauslichkeiten, die du da zitierst, waren vielleicht in einem Erstentwurf von Beamten vorhanden. Inzwischen hat sich aber im Begutachtungsverfahren einiges geändert und es stimmt auch nicht, dass das Gesetz jetzt noch im Sommer beschlossen werden soll, sondern erst im Herbst, weil eben durch die Begutachtung schon vieles berücksichtigt wurde und einiges noch ansteht, was miteingebaut werden muss. Das ist unsere Information, die wir aus Wien bekommen haben. Um auf einige konkrete Punkte auch einzugehen. Du hast gesagt, dass verdachtsunabhängige Überwachung jeder Bürgerin und jedes Bürgers möglich sein wird sozusagen. Da habe ich die Auskunft, dass es nur mit einem begründeten Gefahrenverdacht möglich ist und dass verdachtsunabhängige Beobachtung keinesfalls zum Tragen kommt und dass vorher noch die Ermächtigung des weisungsfreien und unabhängigen Rechtsschutzbeauftragten auch noch eingeholt werden muss. Also es ist sozusagen, es muss dort begründet werden und der muss dann grünes Licht dafür geben. Dann der Kontrollorganrechtsschutzbeauftragte, dass eben die Akteneinsicht jederzeit verwehrt werden kann, das stimmt auch nicht. Die

Akteneinsicht kann ihm nur in ganz speziellen Ausnahmefällen verwehrt werden, nämlich dann, wenn die Identität von Personen oder Quellen dazu führen, dass die nationale Sicherheit oder die Sicherheit von Menschen gefährdet ist. Das heißt, auch ein spezieller Ausnahmepunkt, aber keine generelle Akteneinsichtsverwehrung. Und der Einsatz von bezahlten Spitzeln, sogenannten V-Leuten, ist sicher immer ein Thema, das kritisch gesehen wird, auf der anderen Seite muss man auch sagen, dass leider die Kriminellen immer gefinkelter werden und dass dazu auch die Sicherheitsbehörden Maßnahmen ergreifen müssen, um da überhaupt auch noch mithalten zu können. Aber es ist so in diesem Gesetz jetzt, dass es nicht sozusagen wahllos eingesetzt werden kann, sondern es muss dann auch, es gibt eine Führungs- und Überwachungsfunktion und es gibt auch eine Dokumentationspflicht. Also wenn V-Leute eingesetzt werden, muss es auch mitdokumentiert werden, was die machen, wie das Ganze vor sich geht, das heißt, dass es nicht so ist, dass da willkürlich etwas gemacht werden kann, wie du es in den Raum stellst und deshalb werden wir, ich darf, glaube ich, auch für die ÖVP sprechen, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Liebe Kollegen, werte Stadtregierung! Wir werden dem Antrag im ersten Punkt des gegenständlichen Antrages sowohl in der Dringlichkeit als auch inhaltlich zustimmen. Ich habe zum Unterschied also den neuen Entwurf dieses Gesetzes und es stimmt ja nicht ganz so weitgehend, wie es von dir, lieber Kollege Pacanda, vorgebracht worden ist. Uns geht aber der Eingriff in die Grundrechte trotzdem zu weit und deshalb stimmen wir dem Antrag im ersten Punkt zu, im zweiten Punkt können wir nicht mitgehen, weil wir nicht dafür sind, dass NGOs oder andere Bürgerinitiativen hier in die Gesetzeswerdung eingreifen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich glaube, es wird spannend, ich hoffe, es sind nachher...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Pacanda:** Bitte? Nein, ich ändere meinen Kurs von der Seekarte gar nicht, aber eigentlich hast du gerade vorher was relativ Schönes eigentlich beschrieben. Das, was wir bei TTIP, bei CETA, bei TiSA kritisieren, ist eigentlich da jetzt auch wiederum passiert. Weil wenn du versuchst, irgendwo Informationen zu kriegen außerhalb vom bestehenden Vorschlag als normaler Staatsbürger, der jetzt nicht die Möglichkeit hat irgendwo in der Bundesregierung irgendwen zu kennen, der irgendwen kennt, der irgendwo, irgendwelche Informationen her hat, ist das nicht möglich. Das ist der aktuelle Stand, für die komplette österreichische Bevölkerung ist das, was ich hier beschrieben habe, das ist der Stand von der österreichischen Bevölkerung. Der Stand von möglicherweise 200 Mandataren ist vielleicht ein anderer, die vielleicht die Hintergrunddiskussionen gelebt haben...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Dafür sind wir ja da.

GR. **Pacanda:** ...aber das aktuell gültige Dokument ist das, auf das wir uns berufen und auf das ich mich berufen habe und ich glaube, da habe ich aktuell die richtige Seekarte und du hast möglicherweise irgendwelche Navigationsvorschläge die vorhanden sind, aber beschlossen worden ist das noch nicht, deswegen bitte ich trotzdem um breite

Zustimmung und hoffe, dass alle da sind, weil was ich so durchgerechnet habe, könnte sich dann was ausgehen. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.